

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2018/21

5. Sitzung vom Montag, 22. Oktober 2018, 18.00 – 22.02 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

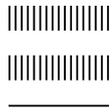
Dr. André Kirchhofer, Ratspräsident

Protokollführer

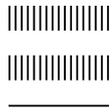
Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

- 40 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	81
2. Kreditbewilligung	
GK 65 Aarburgerstrasse K104 – Strassenbauprojekt Untere Vorstadt bis Gygerweg/Funkenstrasse; Kreditbewilligung	81
3. Informatik der Stadtverwaltung	
GK 66 Kreditbewilligung für die Erneuerung der Informatikstrukturen gemäss IT-Strategie 2016-2020; Phase 2	89
4. Budget 2019	
GK 63 Budget 2019 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2019 sowie Investitionsplanung 2019-2028 der Einwohnergemeinde Zofingen	90
5. Parlamentarische Vorstösse	
GK 11 Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) und Mitunterzeichnende vom 22. Juni 2015 betr. interne und externe Aufwände für die Beilegung von Einwendungen/Einsprachen (Begründung; Antwort Stadtrat)	99
GK 55 Motion der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 25. Juni 2018 betr. Reorganisation des Stadtrates Zofingen (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)	99
GK 78 Dringliche Motion der Fraktion Grüne/Alternative vom 22. Oktober 2018 betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm	100
GK 77 Dringliche Motion der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen	101
6. Umfrage	102



Begrüssung

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die anwesenden Medienschaffenden sowie die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne. Er teilt mit, dass Daniel Hölzle ca. 5 bis 10 Minuten verspätet erscheinen wird.

Der Rat ist mit zunächst **39**, nach dem Eintreffen von Daniel Hölzle mit **40 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Mitteilungen

Am letzten Freitag wurde das erneut angepasste **Adressverzeichnis** per E-Mail verschickt.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 17. September 2018** gilt als genehmigt; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 19. Oktober 2018 abgelaufen.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Daniel Hölzle (Grüne/Alternative) betr. Anpassung der Stadt an den Klimawandel
- Motion der SP, glp, Grüne/Alternative und EVP betr. Go for Gold – für eine zielgerichtete Energiepolitik
- Motion der SVP-Fraktion betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen; Antrag auf Dringlichkeit
- Motion der Fraktion Grüne/Alternative betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm; Antrag auf Dringlichkeit
- Motion von Irma Jordi (CVP) betr. neue Form der amtlichen Publikation für die Generation 70-Plus

Art. 27

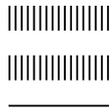
Kreditbewilligung

GK 65

Aarburgerstrasse K104 – Strassenbauprojekt Untere Vorstadt bis Gygerweg/Funkenstrasse; Kreditbewilligung

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Das ursprüngliche Projekt (GK 178) zum gleichen Thema wurde von der FGPK einstimmig abgelehnt, weshalb der Stadtrat dieses Geschäft vor der Einwohnerratssitzung zurückzog und so eine Diskussion zu den Anliegen der verschiedenen Parteien verunmöglichte. Die FGPK führte eine intensive Debatte bezüglich fehlendem Fussgängerstreifen zwischen Migros und Coop, der Veloverkehrsführung und der Bepflanzung. An der Sitzung vom 26. April 2018, an welcher die FGPK sowie Vertreter



der Abteilung Tiefbau des Kantons teilgenommen haben, gab es keine Wortmeldungen zu einem Velostreifen, zu Überholmöglichkeiten des Busses an der Haltestelle oder zur Bepflanzung. Intensiv wurde über den Fussgängerstreifen und den Kreisel diskutiert. Die FGPK hat nach einer nochmaligen Diskussion dem Geschäft mehrheitlich zugestimmt und empfiehlt das Geschäft zur Annahme. Stossend ist, dass nach der Einigung mit dem Kanton neue Forderungen aufgekommen sind. Dies untergräbt die Arbeit der FGPK. Zudem ist dieses Geschäft mit weiteren Projekten verknüpft. Eine Realisierung dieser verschiedenen Projekte ist ohne Bundesbeiträge nicht möglich.

Tobias Hottiger, FDP

Die Vorlage ist exemplarisch für die Zofinger Verkehrspolitik – jeder hat noch eine gute Idee. Es herrschte reger Mailverkehr, jeder wollte noch etwas dazu sagen. Die FDP-Fraktion erachtet die Vorlage nicht als perfekt, aber gegenüber der ersten Version als deutlich besser. Die Arbeit der FGPK wird verdankt. Die FDP ist davon ausgegangen, dass für alle an der FGPK-Sitzung Beteiligten die Vorlage nun so stimmt. Der Multifunktionsstreifen hat auch in der FDP-Fraktion zu Diskussionen geführt, aber es wäre illusorisch anzunehmen, dass eine Vorlage jemals für alle zu 100 % stimmig ist. Die FDP wird dem Geschäft zustimmen, sofern nicht noch andere Anträge eingehen, welche die Vorlage verändern. Sollte der Einwohnerrat heute die Vorlage ablehnen, so wird der Kanton das weitere Vorgehen dekretieren, weil ansonsten die Agglomerationsbeiträge des Bundes gestrichen werden könnten. Ob dies für Zofingen vorteilhaft wäre, wird stark bezweifelt.

Es macht den Anschein, als wollten gewisse Exponenten eine Verzögerungstaktik betreiben, um dieses Projekt abzuwürgen. Obwohl alle Parteien bei der Besprechung mit dem Kantonsingenieur vertreten waren, kommen im Nachhinein wieder neue Forderungen auf den Tisch. Tobias Hottiger bittet deshalb darum, dem Projekt in dieser Form zuzustimmen, auch wenn dieses nicht perfekt ist. Eine Ablehnung könnte auch Auswirkungen auf die Gelder des Agglomerationsfonds der kommenden Generationen haben.

Moritz Weber, Fraktionschef SVP

Die jüngsten Strassenbauprojekte haben das Vertrauen nicht gestärkt. Bei solchen Projekten ist grösste Sorgfalt geboten. Dieses Strassenbauprojekt muss zeitlich koordiniert mit dem Bau des Kreisels erfolgen. Es wird eine jahrelange Dauerbaustelle zu erwarten sein. Links und rechts der Strasse sind neue Gewerbeliegenschaften geplant. Das führt zu höherer Fussgängerfrequenz. Diese wird nicht nur über die vier geplanten Fussgängerstreifen abgewickelt werden, sondern die Fussgänger werden queren wo es ihnen passt. Die Funkenstrasse soll nicht nur während der Bauphase als Umfahrung benutzt werden, sondern sie soll auch anschliessend offenbleiben. Die SVP erachtet die zeitliche Dimension und die Öffnung der Funkenstrasse als wesentliche Elemente für die Zustimmung zu diesem Projekt.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Die Fraktion Grüne/Alternative hat das Gefühl, dass die Velofahrenden bei diesem Projekt aussen vor bleiben. Die 3,5 m breite Vorzone soll zum Flanieren anregen, was als nicht realistisch erachtet wird. Es wird daher nochmals angeregt, dass sich der Stadtrat dafür einsetzt, dass auch ein Bereich für den Fahrradverkehr markiert wird. Ausserdem sollte in diesem Bereich Tempo 30 realisiert werden. Die Fraktion Grüne/Alternative wird dem Projekt nur zustimmen, wenn der Stadtrat zusichert, dass für die Velofahrer noch etwas unternommen wird.

Andrea Plüss-Bernhard, DYM

Die Mehrheit der Fraktion DYM ist der Ansicht, dass die Situation für den Langsamverkehr verschlechtert wird (kein Velostreifen, Poller, Queren der Strasse neben dem Fussgängerstreifen etc.). Eine Zürcher Studie zeigt, dass 61 % der Unfälle bei Fussgängerstreifen dort passieren, wo Mittel-

inseln vorhanden sind. Auch die Dynamische Mitte ist der Meinung, dass das Projekt mit dem Kreisbau und dem Bahnübergang zeitlich abgestimmt werden sollte. Bezüglich der Agglomerationsbeiträge geht die Angst um, dass bei einem Nein die Beiträge gestrichen werden. Dieses Risiko besteht tatsächlich, denn die Region hat bisher immer nur knapp die Kriterien erfüllt. Angst ist jedoch ein schlechter Ratgeber, deshalb besteht die Quintessenz darin, in den nächsten Agglomerationsprogrammen besser zu punkten und nicht, dieses Projekt jetzt in der vorgeschlagenen Form durchzuführen. Die Fraktion DYM lehnt das Projekt mehrheitlich ab.

Michael Wacker, SP

Vieles wurde bereits von den Vorrednern gesagt. Aus Sicht der SP-Fraktion ist die Vorlage das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Die SP hat sich deshalb überlegt, einen Nichteintretensantrag oder einen Rückweisungsantrag zu stellen. Beides wäre denkbar, denn es bestehen zu viele offene Fragen. An der Sitzung mit dem Kantonsingenieur wurde die Frage gestellt, ob bezüglich Veloweg auf der kantonalen Radwegroute die damals provisorischen Markierungen dem endgültigen Zustand entspreche. Obwohl dies verneint wurde, ist es wieder genauso markiert. Beim vorliegenden Projekt liegt der Lead beim Kanton, deshalb kann Zofingen eigentlich gar nichts dazu sagen. Wann kann die Bevölkerung also bei solchen Projekten Einfluss nehmen?

Es existiert der kommunale Gesamtplan Verkehr, welcher 2011 vom Stadtrat beschlossen und vom Kanton genehmigt wurde. Darin findet auch die Aarburgerstrasse Erwähnung. Geplant war ein beidseitiger Radstreifen entlang der Aarburgerstrasse mit kurzfristiger Priorität. Die Umgestaltung sollte so schnell wie möglich angegangen werden, damit die Massnahmen mit der Eröffnung der Wiggertalstrasse – diese wurde heute Nachmittag eröffnet – ihre Lenkungseinwirkung sofort entfalten können. Es wurde von der SVP ausgeführt, dass solche Vorlagen grösster Sorgfalt bedürfen. Zudem hiess es vorgängig, heute sei ein Kantonsvertreter anwesend. Da kein Vertreter anwesend ist, stellt sich die Frage, ob dem Kanton wirklich wichtig ist, was der Einwohnerrat beschliesst. Er fragt sich deshalb, ob künftig über solche Vorlagen überhaupt beraten und abgestimmt werden soll. Es wäre einfacher, wenn der Kanton dekretieren und die Stadt aus ihrer Verantwortung entlassen würde.

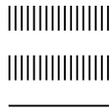
Eintreten ist nicht bestritten.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Heute wird über eines der wichtigsten Geschäfte im Bereich der Verkehrs- und Raumplanung seit Jahren debattiert. Das Geschäft ist derart bedeutsam, weil es nicht nur Zofingen, sondern auch die Region betrifft. Zofingen steht im Wort und stellt heute die Weichen für die zukünftige verkehrliche Entwicklung. Die Aarburgerstrasse und auch die Untere Vorstadt sind städtebaulich im Wandel begriffen. Das vorliegende Strassenbauprojekt setzt diese Anliegen an den öffentlichen Strassenraum bedarfsgerecht – im Sinne eines Kompromisses – um.

Die Aarburgerstrasse hat eine sehr lange Planungsgeschichte hinter sich, die im Jahr 2008 mit der Erarbeitung eines Entwicklungsrichtplanes und des Betriebs- und Gestaltungskonzepts den Anfang genommen hat. Der Einwohnerrat hat die zulässigen Nutzungen im Bauzonenplan festgelegt und diesen im 2012 beschlossen. Der Regierungsrat hat ihn 2013 genehmigt. Hier gilt es, die Rechtssicherheit, Planbeständigkeit und Investorensicherheit zu gewährleisten. Gestützt auf den Bauzonenplan hat der Stadtrat das Betriebs- und Gestaltungsprojekt Aarburgerstrasse erlassen.

An der Aarburgerstrasse sind beiderseits (ehemaliges Ritexgebäude und vis-à-vis) diverse Projekte geplant. Die Siedlungsräume längs der Aarburgerstrasse sind unternutzt. Ihr Erscheinungsbild wird sich in den nächsten Jahren verändern. Das vorliegende Strassenbau- und Gestaltungsprojekt ist darauf abgestimmt und erlaubt die Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer, d. h. es sind die Ansprüche aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen.



Im Vorfeld der heutigen Vorlage hat der Bereich Tiefbau und Planung zusammen mit dem Kantonsingenieur Rolf Meier am 26. April 2018 das Projekt der FGPK vorgestellt, nachdem bereits vorher diverse Diskussionen zum Projekt stattgefunden haben. Die FGPK hat dem Projekt damals unter der Voraussetzung zugestimmt, dass ein Fussgängerstreifen zwischen Migros und Coop weiterhin markiert werde.

Stadtrat Rüeegger erläutert kurz den Ablauf eines Kantonsstrassenprojektes. Gestützt auf ein Vorprojekt wird der Finanzierungsanteil der Stadt Zofingen beantragt. Gegenwärtig wird das Auflageprojekt erarbeitet, das schon einiges detaillierter daherkommt. Das Auflageprojekt wird öffentlich aufgelegt und es können legitimierte Einwendungen gemacht werden. Das bereinigte Projekt wird dann durch den Regierungsrat genehmigt. Erst nach regierungsrätlicher Genehmigung erfolgt die Ausführungsplanung und die Detailplanung. Dazu gehören auch die Bauphasenpläne.

Es ist nicht Sache des Stadtrates oder des Einwohnerrates das Projekt zu genehmigen. Das tut einzig und alleine der Regierungsrat. Somit sind alle Änderungen am Projekt, die heute diskutiert werden, nie abschliessend. Auch die Verkehrsführung während der Bauzeit ist ein solches Thema. Es ist in einem normalen Projektablauf nicht üblich, dass bereits bei der Erarbeitung des Auflageprojektes Detailpläne zu den Verkehrsphasen und zu allen einzelnen Standorten von Lampen, Randabsenkungen etc. erstellt werden.

Die Projektleitung und Planung erfolgt unter der Federführung des Kantons. Die Stadt Zofingen wird jeweils frühzeitig in die Projekte miteinbezogen und hat ein Mitspracherecht. Die Zusammenarbeit ist sehr gut.

Falls der Einwohnerrat den Beitrag ablehnt, kann der Kanton auf das Projekt verzichten, dieses überarbeiten (z.B. nur Belagssanierung) oder die Stadt via Grosser Rat zum Beitrag verpflichten (analog Wiggertalstrasse). Ein Verzicht auf das Projekt hat möglicherweise negative Auswirkungen auf zukünftige Bundesgelder aus den Agglomerationsprogrammen.

Gerade, weil im Vorfeld der Vorlage bereits über einzelne Markierungen und Pforten, Poller etc. diskutiert wurde, hat es Unklarheiten gegeben. Er präzisiert daher zwei Punkte. Der anhaltende Bus kann in beide Fahrtrichtungen jeweils überholt werden. Da ein Fussgängerstreifen markiert wird, müssen die Fussgänger, die im Bereich +/- 50 m die Strasse queren wollen, den Fussgängerstreifen nutzen. In diesem Bereich dient der Mehrzweckstreifen dem Überholen des wartenden Busses oder auch für abbiegende Fahrzeuge (vor allem Velos).

Eine Rückweisung oder Ablehnung dieses Projekts würde auch bedeuten, dass sich Zofingen von den Bundesmillionen (Agglogelder) verabschiedet (z. B. Agglomerationsprojekte am Bahnhof, Velomassnahmen usw.). Ein Nein oder eine Rückweisung hätte aber auch dieselben Auswirkungen auf die ganze Region Aareland (Olten, Aarau).

Ob man es nun will oder nicht, der Verkehr (MIV, ÖV und LV) auf der Aarburgerstrasse K104 wird zunehmen. Entweder wird der Strassenraum für alle Verkehrsteilnehmer gestaltet (Stichwort Koexistenz für alle Verkehrsteilnehmer) oder Zofingen wird ungesteuert von der Blechlawine überrollt.

Zur Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer wird ausgeführt, dass der Strassenraum allen Verkehrsteilnehmern gehört. Der motorisierte Verkehr soll genügend schnell passieren können, trotzdem auch Raum zum Abbiegen haben. Genau so hat der Velofahrer seinen Platz, aber auch der Fussgänger soll die Strasse sicher queren können. Die Aarburgerstrasse ist nicht eine Durchfahrtsstrasse für den Veloverkehr, sondern nur als Zugang zu den Einkaufsläden vorgesehen. Der Velodurchgangsverkehr soll sich auf der parallelen Umfahnrouten in Richtung Bahnhof bewegen. Zudem ist im Agglo-3-Programm ein Veloschnellweg vom Bahnhof in die Industrie entlang der Bahngleise geplant.

Verschiedene Voten zeigen die Angst vor der Baustelle und den verkehrlichen Auswirkungen. Der Stadtrat teilt diese Ängste. Man hat sich beim Kanton - nicht zuletzt wegen den schlechten Erfah-

rungen bei der Unteren Brühlstrasse mit einer sinnlos langen Bauzeit – für eine beschleunigte Bauabwicklung eingesetzt. Der Stadtrat wird sich für einen baulich koordinierten Ablauf – Stichwort "intensive Bauweise" – der Projekte Aarburgerstrasse und Untere Vorstadt einsetzen. Ursprünglich war geplant, das Projekt Kreisel Untere Vorstadt gleichzeitig vorzulegen. Da dieses jedoch nicht nur vom Kantonsstrassenprojekt, sondern auch von der baulichen Umsetzung des Gestaltungsplans Untere Vorstadt abhängt, der noch nicht bereit ist, wird der Einwohnerrat erst im nächsten Frühling darüber abstimmen können. Es wird intensiv geprüft, wie beide Projekte koordiniert erstellt werden können. Ziel muss es sein, kostengünstig, aber auch mit möglichst wenig Verkehrsbehinderungen, schnell zu bauen. Möglich und sinnvoll ist eine Umfahrung der Baustelle via Funkenstrasse, die eine Gemeindestrasse ist. Das soll zumindest während der Dauer der Baustelle einspurig möglich sein.

Ebenso soll der Kreisel Untere Vorstadt unbedingt rasch, mit möglichst wenig Behinderungen, realisiert werden. Auch dafür bieten sich die Funkenstrasse und das Areal der ehemaligen Stadtgarage Lorant hervorragend als Umfahrungsmöglichkeiten/Provisorien an.

Die Verknüpfung im Bauablauf (Bauprozess und -ausführung) setzt zwei beschlossene (ER-Kredite) und baureife (aufgelegene und bereinigte Rechtsmittelverfahren) Projekte voraus. Die längerfristige Nutzung einer Umleitung über die Funkenstrasse wird als heikel erachtet. Es steht noch nicht fest, wie dort die Entwicklung vor sich gehen wird. Es sind verschiedene Areale vorhanden, die weiterentwickelt und bebaut werden könnten. Die Stadt sollte sich diesbezüglich nicht in einer Einwohneratsvorlage langfristig binden. Dadurch würde man alle Handlungsoptionen verlieren.

Andreas Rügger dankt all denen, die sich kritisch-konstruktiv in dieses Projekt eingebracht haben. Die erwähnten Punkte mit den Projektbestandteilen, dem Bauablauf, der Kommunikation usw. sind Ansporn, es beim nächsten Projekt – das wird die Untere Vorstadt sein – besser zu machen.

Er bedankt sich für die Unterstützung des Projekts (auch mit Auflagen und Randbedingungen). Infrastrukturaufgaben – gerade im Strassenbau, welcher Dienstleister für die Stadtentwicklung ist – sollten so wichtig sein, dass sie zeitgerecht erledigt werden. Denn die Pendenzen holen die jetzigen oder die nachfolgenden Generationen so oder so wieder ein.

Michael Wacker, SP

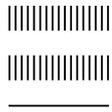
Er bedankt sich für die Ausführungen. Es mag sein, dass Angriffsflächen geboten wurden. Es stellt sich aber nach wie vor die Frage, wann die Vertreter der Stadt tatsächlich Einfluss nehmen können. Im KGV steht, dass die Genehmigungskompetenz beim Kanton liegt. Sollte der Einwohnerrat nicht auf solche Alibi-Übungen verzichten und stattdessen auf Behördenebene auf eine gute Zusammenarbeit Wert legen? Der Kanton wird – unabhängig vom heutigen Resultat – dieses Projekt sowieso ausführen. Den Verlust von Agglogeldern wird er wohl kaum riskieren. Er fragt sich allerdings, ob künftige Vorlagen, bei welchen der Kanton Bauherr ist, überhaupt noch im Rat diskutiert werden sollen.

Sandra Olar, SP

Es war wichtig, noch zusätzliche Informationen zu erhalten. Ebenso wichtig ist es, heute diese Debatte führen zu können. Sie ist aber nach wie vor nicht damit einverstanden, dass einem so schlechten Projekt zugestimmt werden soll. In den letzten Tagen wurden zwei Velofahrer schwer verletzt. Solche Verkehrsunfälle nehmen stetig zu. Die Fahrradfahrenden müssen auch auf dieser Route geschützt werden. Man muss die Vorlage nochmals überdenken. Sie kann dieser Vorlage nicht zustimmen.

Rudolf Günthardt, FDP

Er hält nochmals fest, dass an der Sitzung mit dem Kantonsingenieur bezüglich des Velostreifens keine Voten erfolgten. Im Protokoll findet sich kein Hinweis darauf.



Irma Jordi, DYM/CVP

Es könnte noch lange über dieses Projekt diskutiert werden. Grundsätzlich besteht im Rat Unmut und Misstrauen. Es sollte daran gearbeitet werden, dieses Misstrauen abzubauen.

Michael Wacker, SP

Im Protokoll der FGPK steht tatsächlich nichts. Es wurde allerdings auch nicht über alles diskutiert. Die Sitzung hat sowieso schon sehr lange gedauert. Hätte man auch noch über Velostreifen diskutiert, hätte diese Sitzung nie geendet.

Sandra Olar, SP

Sie erinnert nochmals daran, dass im März 2018 ein Postulat betr. Einführung eines umfassenden Veloverkehrsplans überwiesen wurde (29:9 Stimmen). Im vorliegenden Projekt ist davon nichts berücksichtigt worden.

Tobias Hottiger, FDP

Es ist gekommen wie befürchtet. Jeder hat noch irgendeine Idee. Er macht der SP den Vorwurf, sich hinter der Argumentation zu verstecken, dass es darauf ankomme, ob eine eigene Entscheidung möglich ist oder nicht. Dabei geht es um die Grundhaltung und die Ideologie der SP, welche sich gegen die Autofahrer richtet. Er bittet die vernünftigen Mitglieder des Rates, dem Geschäft zuzustimmen.

Yolanda Senn Ammann, Farbtupfer

Es ist richtig, an der Einwohnerratssitzung zu diskutieren. Es ist nicht alles sakrosankt, was von der FGPK beraten wurde. Es ist zudem sehr wohl möglich, mit dem Kanton zu diskutieren und konstruktive Vorschläge einzubringen.

Moritz Weber, Fraktionschef SVP

Er dankt dem Stadtrat für die Aufnahme der verschiedenen Anliegen. Die SVP misst den Stadtrat an der Umsetzung. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu und bittet, zur Abstimmung zu gelangen.

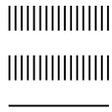
Robert Weishaupt, DYM/CVP

Es gäbe sicher bessere Lösungen, aber im Wesentlichen muss an dieser Stelle lediglich das Geld gesprochen werden. Für dieses Projekt sind Bundesgelder erhältlich – und auch künftige Vorhaben sind ohne die entsprechenden Agglogelder nicht umsetzbar. Es wäre natürlich schön, wenn der Radstreifen hätte realisiert werden können; aber wer schon mal in Mallorca war, wo es von Velofahrern und Autofahrern wimmelt, der weiss, dass es auch ohne Velostreifen funktioniert. Aus seiner Sicht ist dem Projekt zuzustimmen.

Andreas Rügger, Stadtrat

Er stellt klar, dass bei Projektstart ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt wurde. Es konnten sich sowohl die Bevölkerung als auch die Parteien dazu äussern. Dieses Vorgehen wird bei jedem Strassenbauvorhaben so gehandhabt. Bei Kantonsstrassen-Projekten ist der Kanton Eigentümer und Projektverantwortlicher. Er trägt die Haftung.

Es handelt sich nicht um ein halbreifes Projekt, aber man ist erst in der Stufe Vorprojekt. Es folgen noch viele weitere Stufen. Die geäusserten Befürchtungen werden dem Kanton weitergeleitet. Es gibt einen regen und intensiven Austausch, und der Kanton hat ein offenes Ohr für die Anliegen von Zofingen.



Es wäre auch möglich gewesen, ein Strassenbauprojekt "Belagssanierung/Ersatz Werkleitungen" ohne Bundesgelder und ohne Ausbau zu realisieren. Die Kosten wären allerdings in etwa gleich hoch gewesen.

Sofern wirklich ein Misstrauen dem Stadtrat oder dem Kanton gegenüber besteht, gibt es nur den Weg, die Mitwirkungs- und Infoveranstaltungen zu besuchen. Dort kann man sich ein allererstes Mal einbringen.

Auch die Frage, ob die Funkenstrasse zur Kantonsstrasse umklassiert werden könnte, hat sich der Stadtrat gestellt. Man könnte dies als Wunsch dem Kanton weitergeben. Der Entscheid wird allerdings nicht von der Stadt gefällt.

Stadtrat Andreas Rügger zählt sich auch zu den Velofahrern, deshalb sind ihm die Radfahrenden ein grosses Anliegen. Aus diesem Grund wird eine entsprechende Vorlage zum Thema Veloverkehrsplan folgen.

Erich Roth, DYM/CVP

Man sollte sich auf die wirklich wichtigen Projekte konzentrieren (wie z.B. Bahnunterführung Aarburgerstrasse, Untere Vorstadt), anstatt bei diesem Vorhaben Kosmetik zu betreiben.

Andrea Plüss-Bernhard, DYM/EVP

Sie wünscht ein klares Statement, dass man das Thema Velostreifen beim Kanton nochmals deutlich anspricht. Der Mittelstreifen stellt keine überzeugende Lösung dar.

Andreas Rügger, Stadtrat

Der Velostreifen wurde mit dem Kanton ausführlich diskutiert. Man ist gemeinsam zum Schluss gekommen, dass ein Weglassen des Velostreifens bei dieser Strassenbreite die bessere Lösung ist. Der Mittelstreifen ist in diesem Fall idealer, um sichere Abbiegemöglichkeiten zu schaffen.

Viviane Hösli, SP

Wie kam man zum Ergebnis, dass ein Mittelstreifen sicherer ist?

Andreas Rügger, Stadtrat

Die Mittelstreifen wurden sowohl im Kanton Aargau als auch in umliegenden Kantonen bereits mehrfach erfolgreich umgesetzt. Die Unfallzahlen auf solchen Strecken sind tiefer als bei konventionellen Strecken.

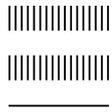
André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Zu: IV Finanzierung

Als Regionalplanungspräsident sowie als Präsident des Vereins Aareland ist es ihm ein Anliegen, das Thema Agglomerationsbeiträge noch zu klären. Die Wiggertalstrasse als Beispiel hat Bundesbeiträge von CHF 9 Mio. generiert (Aggloprogramm 2. Generation). In der ersten Generation wurden für die Region Aareland CHF 32 Mio. gesprochen, ein grosser Teil in die Region Zofingen (u.a. Knotensanierung K104 von Zofingen bis Oftringen). Es geht also um eine regionale Infrastruktur. In der zweiten Generation wurden fast CHF 60 Mio. gesprochen, darunter die CHF 9 Mio. der Wiggertalstrasse. In der dritten Generation wurden CHF 91 Mio. gesprochen, ebenfalls ein grosser Teil davon in die Region Zofingen. Man muss gewisse Wirkungspunkte erreichen. Entscheidend ist, zu wissen, dass die



Wirkung absolut gemessen wird. In der Botschaft des Bundesrates sieht man, dass die meisten Wirkungspunkte in den grossen Agglomerationen erreicht wurden, weil dort aufgrund der Grösse auch grössere Projekte realisiert werden. Im eher ländlichen Raum (mittlere Agglomeration) wurden oft die Wirkungspunkte nicht erreicht. Daher ist es für unsere Region eminent wichtig, bei der Umsetzung keine Abzüge zu bekommen, weil per se nicht so viele Punkte erreicht werden können. Wenn der Kanton dekretieren muss, stellt sich die Frage, ob es noch reicht für Aggloprogramme. Darauf nimmt der Bund keine Rücksicht.

Darüber hinaus müsste man sich wieder einmal klarmachen, wer in einer Demokratie welche Aufgabenstellung hat. Das Parlament (die Legislative) gibt die Stossrichtung vor und setzt die Leitplanken. Die Exekutive muss gemäss diesen Leitplanken nach bestem Wissen konkrete Projekte ausarbeiten. Dazwischen gibt es die vorberatenden Kommissionen (FGPK). Der Kanton hat bei der vorberatenden Kommission die aufgetauchten Fragen beantwortet. Ein Parlament ist keine Baukommission, d.h. es besteht keine einwohnerrätliche Baukommission.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Zu: **VI Termine und weiteres Vorgehen**

Die Fraktion Grüne/Alternative stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat setzt sich beim Kanton dafür ein, dass auf der 3,5 m breiten Vorzone beidseitig ein Bereich für den Fahrradverkehr markiert wird.

Der Fraktion Grüne/Alternative ist klar, dass nicht garantiert werden kann, dass dieser Velostreifen realisiert wird. Man ist jedoch der Ansicht, dass dieser wirklich wichtig ist. Dadurch könnte die Sicherheit erhöht werden. Es wird um Unterstützung des Antrags gebeten.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgen die Abstimmungen über den Antrag der Fraktion Grüne/Alternative sowie die stadträtlichen Anträge:

Der Stadtrat setzt sich beim Kanton dafür ein, dass auf der 3,5 m breiten Vorzone beidseitig ein Bereich für den Fahrradverkehr markiert wird.

Der Antrag der Fraktion Grüne/Alternative wird mit 17:15 Stimmen (8 Enthaltungen) abgelehnt.

1. *Für die Sanierung der Aarburgerstrasse K104 im Abschnitt Untere Vorstadt bis Gygerweg/Funkenstrasse sei ein Gemeindeanteil von brutto CHF 1'914'550, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, abzüglich des Agglomerationsbeitrags, zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 26:12 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

2. *Für die Erneuerung und Ergänzung der Strassenbeleuchtung sei ein Bruttokredit von CHF 120'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 32:6 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

3. *Für die Erneuerung der beiden Buswarteeinrichtungen sei ein Bruttokredit von CHF 80'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 34:3 Stimmen (3 Enthaltungen) angenommen.

Art. 28

Informatik der Stadtverwaltung

GK 66

Kreditbewilligung für die Erneuerung der Informatikstrukturen gemäss IT-Strategie 2016-2020; Phase 2

Matthias Hostettler, Referent FGPK

Das Geschäft war in der FGPK nicht umstritten. Es handelt sich um den logischen zweiten Schritt. Phase 1 ist bereits erfolgt, daher muss Phase 2 ebenfalls umgesetzt werden. Die gewählte Lösung ist gemäss den Analysten die beste am Markt. Ebenfalls wurde schlüssig dargelegt, weshalb man auf eine Ausschreibung verzichtet hat. Die FGPK empfiehlt das Geschäft mit 8:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zur Annahme.

Er erklärt anschliessend für die **Fraktion Grüne/Alternative**, dass der Vorlage mit einer Enthaltung zugestimmt wird.

Anders Sjöberg, DYM

Die Fraktion DYM vertraut dem Wissen der IT-Experten und stimmt dem Kredit zu. Dass der Auftrag an den gleichen Lieferanten geht wie für die Basisstruktur, ist gut begründet und nachvollziehbar. Es ist wichtig, dass die IT-Verantwortlichen der Stadt bis 2020 eine neue Strategie ausarbeiten und dabei auch die möglichen Synergien mit der Schulinformatics berücksichtigen.

Markus Gfeller, SVP

Es wird eine erarbeitete Strategie weiterverfolgt. Auch die freihändige Vergabe macht Sinn. Daher wird die SVP-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Pascal Stenz, FDP

Es geht um den Arbeitsalltag. Die Wartezeiten haben zugenommen. Es soll dafür gesorgt werden, dass die Leistung stimmt und effizient gearbeitet werden kann. Die IT ist elementar und wird gebraucht. Damit die Leistungsfähigkeit wieder gesteigert werden kann, stimmt die FDP-Fraktion dem Geschäft zu.

Franziska Kremer, SP

Die SP-Fraktion vertraut der Argumentation der leitenden Projektmitarbeitenden. Man hat schlüssige Informationen erhalten und vertraut auf eine gute Lösung. Deshalb stimmt die SP der Vorlage zu.

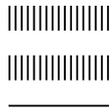
Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Er bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts und freut sich, dass es gelungen ist, die komplexe Materie so aufzubereiten, dass eine breite Zustimmung möglich ist.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:



Für die Erneuerung der Informatikstrukturen gemäss vorliegender IT-Strategie 2016-2020 sei ein Verpflichtungskredit von CHF 500'000 inkl. Eigenleistungen der Abteilung IT (voraussichtlich ca. CHF 20'000) zu genehmigen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 39:0 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen.

Sitzungspause

Art. 29

Budget 2019

GK 63

Budget 2019 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuereffusses für 2019 sowie Investitionsplanung 2019-2028 der Einwohnergemeinde Zofingen

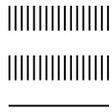
Robert Weishaupt, Referent FGPK

Bei der Budgetpräsentation in der FGPK blieb ein Satz speziell in Erinnerung: das Budget ist praktisch gleich wie letztes Jahr, einfach besser. Der Steuerfuss ist weiterhin unverändert bei 99 %. Der Ertragsüberschuss sinkt um CHF 100'000. Die Abwassergebühren bleiben gleich, und die Investitionen steigen leicht an auf CHF 14,7 Mio. Auch die Selbstfinanzierung bleibt mit CHF 5,15 Mio. in etwa gleich. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 52,4 %. Der Rest wird über eine Neuverschuldung fremdfinanziert. Erfreulicherweise sinken die Abfallgebühren. Zur Selbstfinanzierung trägt der Abbau des Repol-Fonds um CHF 300'000 bei.

Dank Optimierungsmassnahmen wird das Budget um CHF 947'800 verbessert. Allerdings sind darin auch die Erhöhung der Dividende der StWZ um CHF 720'000 sowie die Anpassung der MWSt. von CHF 200'000 enthalten. Dabei handelt es sich um einmalige Sondereffekte. Wirkliche Optimierungsmassnahmen fliessen in dieses Budget noch nicht ein. Die neuen Massnahmen kommen aufgrund des Zeitpunktes frühestens ab dem Budget 2020 zum Tragen. Von den geplanten Nettoinvestitionen können CHF 5,15 Mio. selber finanziert werden, die Verschuldung wird sich voraussichtlich auf CHF 22,8 Mio. erhöhen. Die Big Five der Investitionen bilden das Quartiersschulhaus, der Studienauftrag für das Oberstufenzentrum, der Kreisel Henzmannstrasse sowie die Erneuerung der Informatikstruktur und der Plan Lumière. Bei den Spezialfinanzierungen sticht die Sanierung der HPS heraus.

Der Nettoaufwand der allg. Verwaltung bleibt in etwa gleich, ebenso die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Bei der Kultur und der Bildung ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Bei der Gesundheit und der sozialen Sicherheit steigen die Kosten mehr an. Die Kosten beim Verkehr sinken aufgrund der Aufgabenteilung. Die Abteilungen Umweltschutz und Raumordnung sowie die Volkswirtschaft erfahren keine Änderungen. Erfreulicherweise steigen die Steuereinnahmen an, obwohl der Steuerfuss unverändert bleibt.

Die FGPK ist im Grossen und Ganzen zufrieden mit dem Budget. Die im Vorfeld gestellten Fragen wurden beantwortet. An der gemeinsamen Sitzung wurden die noch offenen Punkte bereinigt. Zu diskutieren gab insbesondere die Einführung der Pauschalspesen an die Bereichs- und Abteilungsleitenden. Damit verbunden sind CHF 43'000 an Mehrausgaben. Dieses Vorgehen ist bei der FGPK nicht gut angekommen, handelt es sich doch um eine versteckte Lohnerhöhung. Zudem passt es bei den angestrebten Sparmassnahmen nicht ins Bild. Ebenso nicht ins Bild passt der neue Beamer



für CHF 20'000 für den Stadtsaal, da die künftige Nutzung des Stadtsaals nicht geklärt und eine aktive Vermarktung nicht geplant ist.

Die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ist schwierig. Verschiedene Ausgaben, z.B. bei der Bildung oder der sozialen Sicherheit, können nicht beeinflusst werden. Auch auf der Einnahmenseite ist der Wirtschaftsverlauf nicht zu beeinflussen. Das Budget 2019 ist unter Kontrolle. Bei den Investitionen kann nicht alles ewig nach hinten verschoben werden. Deshalb müssen optimale Lösungen gesucht werden. Zofingen kann sich das Günstigste nicht leisten, weil das Billige letztlich teurer kommt. Darum soll Gutes gekauft werden, wo es nötig ist. Bei unnötigen Anschaffungen ist zu verzichten. Auch Innovationen sind gefragt. Muss beispielsweise die Badi nach der Sanierung die Wasserqualität noch immer mittels Chlor sicherstellen oder könnte diese mittels Salzelektrolyse erreicht werden? Auch beim Umgang mit den Liegenschaften der Ortsbürger, die übernommen werden sollen, sind innovative Ideen gefragt. Als Fazit hält der FGPK-Präsident fest, dass die nicht beeinflussbaren Kostensteigerungen im Bereich Pflegefinanzierung, Sozialhilfe oder Sonderschulung das grösste Sorgenkind darstellen. Diese Ausgaben müssen an anderer Stelle kompensiert werden. Wenn kein Sparpotenzial mehr vorhanden ist, steigt die Verschuldung an. Diese muss unbedingt im Auge behalten werden. Die aktuelle Nettoschuld von CHF 20 Mio. kann noch getragen werden. Sollte dies einmal nicht mehr der Fall sein, so wird eine Steuererhöhung wieder zum Thema.

Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Annahme des Budgets 2019. Der Kenntnisnahme des Investitionsplans haben 6 Mitglieder zugestimmt, 2 haben abgelehnt. Er bedankt sich abschliessend bei seinen Kolleginnen und Kollegen der FGPK und dem Stadtrat für die Arbeit und die offene und konstruktive Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank geht an den Leiter Finanzen und Controlling sowie die Aktuarin der FGPK für ihren Einsatz. Robert Weishaupt schliesst sein Votum mit einem Zitat von Rockefeller: "Habe keine Angst, das Gute aufzugeben, um das Grossartige zu erreichen".

Moritz Weber, Fraktionschef SVP

Das Budget ist umfangreich und komplex. Es ist im Grossen und Ganzen zu wenig ambitiös. Die in der FGPK+ erarbeiteten Massnahmen konnten noch nicht einfließen. Darüber hinaus sind die bereits umgesetzten Massnahmen keine echten Optimierungen. Die Massnahmen der StWZ und die Steuereinnahmen sind nicht selber erarbeitet worden. Weiter fällt auf, dass die Beträge teilweise grosszügig gerundet werden. Bezüglich der Investitionen stellt sich die Frage nach einer massvollen Planung und einer professionellen Umsetzung mit starker Kostenkontrolle. Sofern der operative Gewinn der Erfolgsrechnung stimmt, ist eine höhere Verschuldung verkraftbar.

Der Gesamtpersonalaufwand von CHF 33 Mio. ist 2,4 % höher als im Vorjahr. Das ist relativ viel und muss im Auge behalten werden. Die grössten Personalaufwände sind mit ca. CHF 9 Mio. beim Seniorenzentrum zu verzeichnen, was für Zofingen ein beträchtliches Risiko darstellt. Die Auslastung im Seniorenzentrum ist schwankend, budgetiert wurde mit einer solchen von 97 %. Das ist sehr optimistisch, wird aber kaum erreicht. Die Lohnkosten bleiben aber trotzdem hoch, zurzeit fehlt ein CEO, und es gibt keine Betriebskommission, die diesen Namen verdienen würde. Das Ziel für 2019 muss sein, das Seniorenzentrum kostendeckend zu betreiben. Die Führungsstruktur muss angepasst werden, der Personalbestand muss variabel gehalten werden können und ein Personalpool mit der Spitex muss geprüft werden. Die Bezahlung von Strafgebühren muss vermieden werden. Erfreulich ist die Entwicklung beim Werkhof, der zweithöchsten Position. Dort werden gute Anpassungen gemacht und die gewählte Strategie ist richtig. Die dritte Position betrifft den Bereich Soziales. In diesem Bereich muss die neue Leiterin verschiedene Benchmarks vornehmen. Im Quervergleich mit anderen Städten besteht Verbesserungspotenzial und Aufholbedarf. Die Personalkosten müssen in

Relation zu den Fallzahlen pro Mitarbeiter gesetzt werden. Bei der viertgrössten Position, dem Bereich Hochbau und Liegenschaften, zeigt sich hingegen wieder ein erfreuliches Bild. Die Drittleistungen konnten reduziert werden.

Generell wird festgehalten, dass dringend an der Portfoliostrategie gearbeitet werden muss. Auch die Jahresziele müssen griffiger und klarer formuliert werden. Weniger ist mehr. Abschliessend wird festgehalten, dass der kontinuierliche Kostenoptimierungsprozess stetig und nachhaltig fortgeführt werden muss. Die SVP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Ein Budget ist einfach nur ein Budget, aus welchem mehr oder weniger verlässliche und vorhersehbare Einschätzungen hervorgehen. Daraus resultieren Annahmen, die verglichen werden. Dabei geht es um technische Zahlenakrobatik. Er möchte bewusst hinter die Zahlenakrobatik schauen, denn ein Budget ist auch ein Programm und beinhaltet Projekte. Darum werden Jahresziele angegeben und Erklärungen angefügt. Was ist aber die Rolle des Einwohnerrates? Genügt es, die grobe Stossrichtung vorzugeben? Die FGPK kann während des Prüfungsprozesses einige strategische Fragen stellen, und die Ratsmitglieder haben die Möglichkeit, parlamentarische Vorstösse einzureichen. Aber es fragt sich, ob das ausreicht. Mit dem heutigen Budget wird eine ganze Reihe von Projekten genehmigt, die nie mehr als Einzelprojekte in den Einwohnerrat gelangen. Wie kann oder soll über solche Projekte diskutiert werden? Eine zentrale Frage ist deshalb, wo will man hin mit den strategisch-politischen Fragen zu Jahreszielen, zu Vorhaben, zu Strategien, zu Terminierungen, zu Investitionen und mehr. Das Bedürfnis für einen solchen Austausch ist von Seiten der Legislative klar vorhanden. Es gibt Unmut, wenn eine Mitwirkung nicht möglich ist. Deshalb soll die Legislative stärker in den politisch-strategischen Teil des Budgetierungs- und Jahresplanungsprozesses eingebunden werden. Die Form ist noch offen, die Dynamische Mitte macht sich dazu noch weitere Gedanken. Vielleicht könnte das Gefäss der FGPK+ als Vorbild dienen.

Natürlich gibt es noch einzelne konkrete Punkte im Budget, die zu Fragen Anlass geben, wie z.B. die Pauschalspesen. Die Argumente können nachvollzogen werden. Aber nicht alle Profiteure haben die gleiche Aufgabenstellung. Auch die daraus resultierenden Mehrkosten werfen Fragen auf. Ebenfalls zu Diskussionen Anlass gab die Auslastung und die Personalpolitik im Seniorenzentrum. Im Juni wurde ein Postulat dazu überwiesen. Heute gibt es zu diesem Thema eine dringliche Motion der SVP.

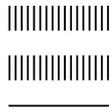
Letztendlich wird die Fraktion DYM dem Budget 2019 zustimmen. Es stellt eine gute Arbeitsgrundlage für das kommende Jahr dar. Es ist und bleibt aber einfach ein Budget.

Liliane Hofer, Fraktionschefin SP

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für das solide, gut lesbare Budget und vertraut darauf, dass damit die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung der Stadt im Vordergrund stehen. Hohe Ambitionen können aber nicht ausgemacht werden, deswegen legt die SP dem Stadtrat folgende Punkte ans Herz: es wird anerkannt, dass mit der neuen Spesenregelung die Ungleichbehandlung des Kaderpersonals behoben werden soll. Es ist allerdings ein ebenso grosses Anliegen, dass auch den übrigen Mitarbeitenden für gute Leistungen die entsprechende Wertschätzung entgegengebracht wird.

Die Position "materielle Hilfe" steigt markant an, deshalb wird darum gebeten, ein besonderes Augenmerk auf eine rasche Wiedereingliederung zu haben. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, auch günstigen Wohnraum zu erhalten und die Besitzer solcher Liegenschaften zu Sanierungen zu motivieren.

Von den Optimierungsvorschlägen ist im vorliegenden Budget noch wenig sichtbar. Die SP-Fraktion erwartet in den kommenden Jahren konkrete Umsetzungsmassnahmen der gemachten Vorschläge.



Bezüglich der Investitionsrechnung erwartet die SP, dass sich der Stadtrat beim Posten Kreisel Riedtal/Altachenstrasse für eine kostengünstige Lösung einsetzt. Beim Posten Aufwertung Aarburgerstrasse K104 Sanierung SBB-Niveauübergang wird der Antrag gestellt, diesen Betrag aus der Investitionsrechnung zu streichen. Der Bund hat dieses Projekt von der Priorität A auf Priorität B zurückgestuft. Eine Realisierung in den nächsten Jahren ist somit nicht möglich. Zudem wird vom Stadtrat erwartet, dass eine frühzeitige Information des Einwohnerrates erfolgt, sobald für die Investorensubmission Untere Vorstadt die Eckpunkte definiert werden.

Als Fazit wird festgehalten, dass sich die SP für die Zukunft ambitioniertere Ziele für mehr Ökologie und soziale Gerechtigkeit wünscht. Die Fraktion wird dem Budget 2019 geschlossen zustimmen und von den Investitions- und Finanzplänen mehrheitlich Kenntnis nehmen.

Matthias Hostettler, Fraktionschef Grüne/Alternative

Die Fraktion Grüne/Alternative wird dem Budget 2019 zustimmen. Allfällige Anträge auf Mehrausgaben werden abgelehnt.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

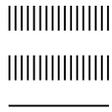
Das Budget hat Licht und Schatten, zeigt aber dadurch, was in Zofingen passiert. Es gibt grosse Herausforderungen, Wachstum in Bevölkerung und Wirtschaft, Veränderung in der Altersstruktur und die ausgeprägte Zentrumsfunktion. Fast alles wird durch die Raumordnung langfristig gesteuert. Die grössten Ausgabentreiber sind die Schule und das Alter. Beim Alter wurde bereits investiert – im Alterszentrum. Nun muss dieses aber noch mit Strukturen betrieben werden, die effizient und effektiv sind. Hier besteht noch ein Defizit, auch ein Finanzielles. Die Pflegefinanzierung kann schlecht beeinflusst werden. Bei den Restkosten kommt es hingegen auf die Effizienz des Altersheims an. Auch bei der Spitex besteht eine grosse Herausforderung. Ebenfalls gefordert ist Zofingen bei der Schule. Der Kanton macht Druck für grössere und regionale Schulen, was für eine Zentrumsgemeinde wieder zu grossen Investitionen führt. Auch die Kosten für Sonderschulen steigen massiv an. Er ist nicht überzeugt, dass die Dienstleistungen genügend teuer an die Nachbargemeinden verkauft werden.

Jakob Lang empfindet das Lesen des Budgets als nicht einfach. Im Personalbereich werden mehr Ressourcen benötigt, weil auch Dienstleistungen an andere Gemeinden verkauft werden. Dadurch sind die Kosten nicht mehr genau eruiert. Er denkt aber, dass Zofingen nicht auf einem schlechten Weg ist. Die Kosten können im Griff gehalten werden. Der Steuerertrag steigt, aber auch die Verschuldung steigt an. Momentan kann sich die Stadt diese noch erlauben. Trotzdem muss man dranbleiben und effizient arbeiten. Künftig besteht ein Risiko bei den Immobilien. Der Markt ist im Umbruch. Ob die Landverkäufe so umgesetzt werden können wie geplant, ist nicht sicher. Er warnt davor, die Verkäufe auch gegen den Markt durchzusetzen. Auch die Förderung von sehr günstigem Wohnraum ist für die Finanzen nicht positiv. Deshalb ist die Raumpolitik entscheidend. Die FDP-Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Das Budget enthält Kostenpositionen, die ohne eigenes Zutun in den letzten Jahren exorbitant gestiegen sind (Pflegefinanzierung, Sozialhilfe, ambulante Pflege/Spitex, Sonderschulen etc.). In den letzten Jahren wurden der Stadt zusätzliche Kosten von jährlich durchschnittlich CHF 1 Mio. aufgedrückt. Eine Kompensation mit Steuererträgen ist nicht möglich, dazu wäre eine Erhöhung von 3 Steuerprozenten nötig. Dies zur Relativierung des wenig ambitionierten Budgets.



In der Diskussion um das Optimierungsprogramm wurde gefragt, ob eher die Dienstleistungen oder die Investitionen gekürzt oder die Einnahmen gesteigert werden sollen. Es gab keine klaren Antworten. Beim Immobilienportfolio gibt es ebenfalls verschiedene Stossrichtungen: alles verkaufen oder eher selber bewirtschaften. Bei den Jahreszielen gehen die Meinungen ebenfalls sehr auseinander. In den Fraktionen kann auf den jeweiligen Stadtrat Einfluss genommen werden. Auch mit parlamentarischen Vorstössen können die Einwohnerratsmitglieder auf strategischer Ebene Einfluss nehmen. Das Optimierungsprogramm wird tatsächlich erst ab 2020 wirklich greifen. Aber man darf sich keinen Illusionen hingeben, denn man kann den Hund nicht waschen, ohne dass er nass wird. Das bedeutet, die Auswirkungen werden spürbar sein. Ganz entscheidend für das Steuersubstrat ist die Raumentwicklung. Zofingen hat über Jahrzehnte an Steuerkraft verloren. Die letzten Jahre haben sich positiv entwickelt, obwohl die Bevölkerungszahl nur wenig gestiegen ist. Man kann beim Steuersubstrat etwas bewirken. Bezüglich der Dividende der StWZ ist festzuhalten, dass diese zu 100 % durch die Stadt gesteuert wird. Zofingen hat aktiv Einfluss genommen. Dadurch ist die Eigenkapitaldeckung auf ca. 50 % gestiegen und der Unternehmensgewinn hat sich massiv erhöht. Mit der Tabelle zum Personalaufwand auf Seite 15 ist der Stadtrat nicht ganz glücklich. Es müssen neue Lösungen für die Darstellung gesucht werden. Beim Personalaufwand ist tatsächlich zu berücksichtigen, dass Zofingen für Leistungen an andere Gemeinden auch Erträge generiert. Beim Transferaufwand (Ertrag) ist eine Steigerung von 4 % zu verzeichnen. Demgegenüber steht die Zunahme beim Personalaufwand von effektiv 0,8 %. Bei den Pauschalspesen bittet der Stadttammann darum, diese so zu akzeptieren. Seit Jahren unterschreiben die Kaderpersonen Spezialregelungen, wonach die Überstunden nicht kompensiert werden können. So werden ca. 200 bis 300 Stunden pro Person gestrichen. Dafür erhalten sie eine Woche zusätzliche Ferien (entspricht 41 Stunden). Die Spesen stellen eine kleine Wertschätzung dar. Ausserdem war dringend eine Harmonisierung notwendig. In der Vergangenheit gab es viele unterschiedliche Regelungen. Dem Stadtrat ist bewusst, dass ein kleiner Teil Lohnbestandteil sein wird, das ist in der Privatwirtschaft nicht anders. Die Beiträge in der Privatwirtschaft sind meist wesentlich höher. Die Mitarbeitenden ohne Kaderstufen kompensieren ihre Überstunden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Budget 2019

1. Einleitung (Seiten 5 – 6)

Keine Wortmeldungen.

2. Die Mitglieder des Stadtrates und ihre Ressorts (Seite 7)

Keine Wortmeldungen.

3. Jahresziele 2019 (Seiten 8 – 11)

Keine Wortmeldungen.

4. Übersicht Budget 2019 (Seiten 12 – 20)

Keine Wortmeldungen.

5. Projekte und Investitionen (Seiten 21 – 30)

Keine Wortmeldungen.

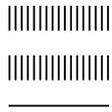
6. Kennzahlen (Seiten 31 – 35)

Keine Wortmeldungen.

7. Details zum Budget

Ziffer 7.1 Allgemeine Bemerkungen (Seite 36)

Keine Wortmeldungen.



Ziffer 7.2 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (Seiten 36 – 46)

Keine Wortmeldungen.

Ergebnis: Erfolgsausweis (Seiten 48 – 61)

Keine Wortmeldungen.

Kennzahlenauswertung Budget (Seite 62)

Keine Wortmeldungen.

Erfolgsrechnung Zusammenzug (Seite 63)

Keine Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung (Seiten 64 – 73) / Details (Seiten 36– 38)

8.9 Zahlenteil, 0221 Stadtkanzlei, 3102.00 Drucksachen, Publikationen (Seite 68)

Irma Jordi, DYM/CVP

Die Streichung der amtlichen Publikationen hat zu Einsparungen von ca. CHF 40'000 geführt. Die Generation 70-Plus hat aber einen Informationsverlust erlitten, da diese zumeist nicht online ist. Sie stellt daher folgenden Antrag:

Der Budgetbetrag für amtliche Publikationen soll auf den Betrag von CHF 45'000 festgesetzt werden anstelle von CHF 3'000.

Der Antrag wird auch im Auftrag der Alterskommission der Stadt Zofingen gestellt.

Franziska Kremer, SP

Sie unterstützt diesen Antrag. Sie erlebt im Alltag, dass viele Menschen der erwähnten Generation diese Anzeigen rege genutzt hatten.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die amtlichen Publikationen betreffen nicht nur die erwähnte Position. Es gibt noch andere Positionen. Der Auftrag lautete, dass von sämtlichen amtlichen Publikationen 75 % eingespart werden müssen.

Irma Jordi, DYM/CVP

Bei der Streichung war auch nicht klar, welche Konti betroffen sind. Es geht ihr um die amtlichen Publikationen, die nicht mehr in der Zeitung erscheinen.

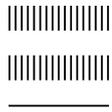
André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Irma Jordi, DYM/CVP:

Der Budgetbetrag für amtliche Publikationen soll auf den Betrag von CHF 45'000 festgesetzt werden anstelle von CHF 3'000.

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen von Irma Jordi gegenübergestellt. Dabei obsiegt der stadträtliche Antrag mit 22:12 Stimmen (6 Enthaltungen). Dieser Budgetposten wird somit unverändert bei CHF 3'000 belassen.

Aufgrund der Ablehnung ihres Antrags reicht Irma Jordi eine Motion zu dieser Thematik ein (siehe Neueingänge).



8.9 Zahlenteil, 0220 Allgemeine Dienste, übrige, 3099.00 Übriger Personalaufwand (Seite 68)

Michael Wacker, SP

Er stellt folgenden Antrag:

Der Betrag von CHF 80'000 soll um CHF 20'000 auf CHF 100'000 erhöht werden. Der Betrag ist für ein Wertschätzungszeichen an das aktive Personal zu verwenden.

Die SP-Fraktion unterstützt die neue Spesenregelung für das Kaderpersonal, ist aber der Ansicht, dass nicht nur oben eine Verteilung mit der Giesskanne erfolgen soll, während der untere Teil leer ausgeht.

Auf Nachfrage des Präsidenten (§ 9 Abs. 2 Geschäftsreglement) erfolgt stillschweigende Zustimmung zur Fortsetzung der Beratungen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht verlangt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Michael Wacker, SP:

Der Betrag von CHF 80'000 soll um CHF 20'000 auf CHF 100'000 erhöht werden. Der Betrag ist für ein Wertschätzungszeichen an das aktive Personal zu verwenden.

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen von Michael Wacker gegenübergestellt. Dabei obsiegt der stadträtliche Antrag mit 24:13 Stimmen (3 Enthaltungen). Dieser Budgetposten wird somit unverändert bei CHF 80'000 belassen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung (Seiten 74 – 85) / Details (Seiten 38– 39)
Keine Wortmeldungen.

2 Bildung (Seiten 86 – 98) / Details (Seiten 39– 41)
Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit (Seiten 99 – 107) / Details (Seiten 41– 42)
Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit (Seiten 108 – 113) / Details (Seiten 42– 43)

8.9 Zahlenteil, 4121 Seniorenzentrum, 3170.00 Reisekosten und Spesen (Seite 109)

Pascal Stenz, FDP

Weshalb sind diese Spesen so massiv erhöht worden?

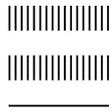
Rahela Syed, Stadträtin

Dabei handelt es sich um die früher erwähnten Kaderspesen.

5 Soziale Sicherheit (Seiten 114 – 121) / Details (Seiten 43– 44)
Keine Wortmeldungen.

6 Verkehr (Seiten 122 – 125) / Details (Seite 44)
Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung (Seiten 126 – 132) / Details (Seiten 44 – 45)
Keine Wortmeldungen.



8 Volkswirtschaft (Seiten 133 – 135) / Details (Seite 45)

8.9 Zahlenteil, 8400 Tourismus, Stadtbüro, 3636.20 Beitrag an Stadtfest 2019 mit Zofingia (Seite 134)

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Die Fraktion Grüne/Alternative stellt folgenden Antrag:

Der Betrag von CHF 20'000 für das Jubiläumsfest der Zofingia sei zu streichen.

Es ist nirgendwo ersichtlich, wer in dem OK Einsitz hat und was genau geplant ist. Im Weiteren ist nicht klar, welchen Nutzen die Bevölkerung davon haben wird.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Es besteht ein übergeordnetes OK, das Komitee 19, welches zur Hälfte mit Vertretern der Stadt und zur Hälfte mit Vertretern der Zofingia besetzt ist. Dieses Komitee hat die Leitplanken festgelegt. Es soll ein Stadtfest geben, bei dem sich die Bevölkerung und die Zofingia durchmischt, und es wird kulturelle Attraktionen für das einheimische Publikum geben. Nebenher erfolgt das Jubiläumsfest der Zofingia. Bisher sind die Arbeiten auf Kurs, die Herausforderung wird sein, ein gemeinsames Fest für alle und nicht zwei parallele Feste zu veranstalten.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Aufgrund der Auskünfte wird der Antrag zurückgezogen.

9 Finanzen und Steuern (Seiten 136 – 140) / Details (Seite 45- 46)

Keine Wortmeldungen.

Erfolgsrechnung Artengliederung (Seiten 141 - 151)

Keine Wortmeldungen.

Investitionsrechnung Zusammenzug (Seite 152)

Keine Wortmeldungen.

Investitionsrechnung (nach Abteilungen) (Seiten 153 – 170)

6130 Kantonsstrassen, übrige, 5610.17 Aufwertung Aarburgerstrasse K104, Sanierung SBB-Niveauübergang, Investitionsbeitrag an Kanton (Seite 162)

Michael Wacker, SP

Die SP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Betrag von CHF 50'000 sei zu streichen.

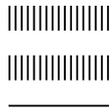
Das Projekt wurde in der Priorität A eingegeben, der Bund hat eine Rückstufung auf Stufe B vorgenommen. Aufgrund der Pläne der SBB ist eine Forcierung dieses Projektes nicht notwendig.

Andreas Rügger, Stadtrat

Es wurden Abklärungen mit dem Kanton und dem Bundesamt für Verkehr getroffen. Ein Ausbau der Linie wird erfolgen. Im Bereich der zukünftigen Unterführung ist kein Doppelspur-Ausbau geplant. Es braucht – unabhängig von der Art der Finanzierung – Bundesbeiträge. Deshalb soll das Projekt im Budget verbleiben.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann

Es wird vermutlich eine zeitliche Verschiebung in die 4. Generation des Agglomerationsprogramms geben. Der gesamte Betrag von CHF 2,48 Mio. müsste in die Spalte 2024/2028 verschoben werden.



André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Michael Wacker, SP:

Der Betrag von CHF 50'000 sei zu streichen.

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen der SP-Fraktion gegenübergestellt. Dabei obsiegt der Antrag der SP-Fraktion mit 17:14 Stimmen (9 Enthaltungen). Dieser Budgetposten wird somit gestrichen.

Tobias Hottiger, FDP

Wird dieser Betrag nun in der Spalte ab 2028 wiederaufgeführt?

Michael Wacker, SP

Der Antrag hat die Streichung des Betrags im Budget 2019 umfasst. Es ist dem Stadtrat freigestellt, die CHF 50'000 im kommenden Budget wieder einzustellen.

Generell interessiert ihn betr. Strassenbauprojekten noch die Abschreibedauer.

René Küng, Leiter Finanzen und Controlling

Die Abschreibedauer beträgt 40 Jahre.

Michael Wacker, SP

Er gibt zu bedenken, dass bei den Lärmschutzbelägen von einer Lebenserwartung von 10 bis 12 Jahren ausgegangen wird. Dieser Sachverhalt sollte bei der langfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden.

Zusammenzüge (Seiten 171 – 175)

Keine Wortmeldungen.

Finanzpläne (Seiten 176 – 178)

Keine Wortmeldungen.

Ausblick (Seiten 179 – 180)

Keine Wortmeldungen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

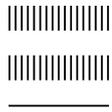
Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Das Budget 2019 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 99 % und das Investitionsbudget 2019 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 40:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2019 – 2028 sei Kenntnis zu nehmen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:3 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen.



Art. 30

Parlamentarische Vorstösse

GK 11

Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) und Mitunterzeichnende vom 22. Juni 2015 betr. interne und externe Aufwände für die Beilegung von Einwendungen/Einsprachen (Begründung; Antwort Stadtrat)

Andrea Plüss-Bernhard, DYM

Einsprachen und Einwendungen sind nicht nur für den Beschwerdeführenden ärgerlich, sondern auch für den Steuerzahler, weil sie Kosten verursachen. Deshalb war die Fraktion DYM der Meinung, dass die Stadt Kenntnis davon haben muss, welche internen und externen Kosten verursacht werden. Da dies offenbar nicht der Fall ist, braucht es eine Praxisänderung bei der Buchhaltung. Die Antwort ist in diesem Sinne okay.

GK 55

Motion der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) vom 25. Juni 2018 betr. Reorganisation des Stadtrates Zofingen (Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Wann, wenn nicht jetzt soll über Strukturen gesprochen werden? Wann, wenn nicht zu Beginn einer Legislatur, damit eine Umsetzung auf die nächste Legislatur erfolgen kann und wenn auch personelle Wechsel anstehen? Die Fraktion DYM sieht Verbesserungspotenzial bei der Aufgabenteilung und den Verantwortlichkeiten, wenn die Exekutive kleiner wird. Es sollen höhere Stadtratsspenden geschaffen werden, um die immer komplexeren Geschäfte stemmen zu können. Die genaue Organisation wird aber bewusst offengelassen, so dass die Exekutive ein passendes Modell erarbeiten kann. Der Stadtrat ist bereit, den Ball aufzunehmen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Die Diskussion ist offen.

Stefan Giezendanner, SVP

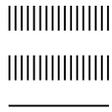
Die Problematik ist schon länger bekannt. Im Zuge der Überprüfung des Bauwesens wurden schon Diskussionen geführt um die Zusammenführung von Hochbau, Tiefbau und Werkhof. Durch die Eliminierung von Schnittstellen kann die Organisation optimiert werden. Es braucht aber ehrlicherweise ein zweites Vollamt. Einsparungen werden daraus nicht resultieren. Es braucht eine kompetente Person für eine solche Funktion. Die SVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss.

Rudolf Günthardt, FDP

Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorstoss grundsätzlich. Die Abklärungen sollen aber ergebnisoffen – auch bezüglich Kosten – geführt werden.

Matthias Hostettler, Fraktionschef Grüne/Alternative

Die Fraktion Grüne/Alternative unterstützt den Vorstoss ebenfalls, wenn die Abklärungen ergebnisoffen sind.



Michael Wacker, SP

Auch die SP-Fraktion stimmt zu, wenn die Abklärungen ergebnisoffen erfolgen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der Stadtrat wird eine ergebnisoffene Prüfung vornehmen. Der Entscheid wird letztlich beim Einwohnerrat liegen, da eine Revision der Gemeindeordnung nötig wird.

Daniel Hölzle, Grüne/Alternative

Er schlägt die Umwandlung in ein Postulat vor, damit eine ergebnisoffene Prüfung möglich ist.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Aufgrund der Rückmeldungen erklärt sich die Fraktion DYM mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über die in ein Postulat umgewandelte Motion:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat ein Reorganisationsmodell vorzulegen, welches

- *die politischen Verantwortlichkeiten im Stadtrat neu organisiert und besser bündelt*
- *dadurch die Anzahl der Stadträtinnen/Stadträte von 7 auf 5 reduziert*
- *die Entschädigungssumme für den Stadtrat als Ganzes nicht verändert*
- *mit den Kommunalwahlen 2021 umgesetzt werden kann.*

Die in ein Postulat umgewandelte Motion GK 55 wird einstimmig mit 40:0 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Es wurden zwei dringliche Motionen eingereicht. Der Rat hat daher heute darüber zu entscheiden, ob eine Überweisung erfolgen soll. Eine inhaltliche Diskussion erfolgt an dieser Stelle nicht.

GK 78

Motion der Fraktion Grüne/Alternative vom 22. Oktober 2018 betr. Sichtbarmachung der Ausgrabungen beim Pulverturm; Antrag auf Dringlichkeit

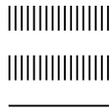
André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Wortlaut der Motion wird vorgelesen:

Der Stadtrat macht die Ausgrabungen der oberen Badstube für die Öffentlichkeit in geeigneter Form sichtbar und schüttet diese nicht wieder zu.

Begründung: Beim Pulverturm wurden im Rahmen der Platzsanierung die Grundmauern der oberen Badstube entdeckt. Ein solcher Fund ist sehr selten und daher von nationaler Relevanz. Die Fundstelle soll nun untersucht und dann wieder zugeschüttet werden. Die Fundstelle bleibt damit zwar unter der Oberfläche erhalten, ist aber nicht einsehbar.

Es ist sehr schade, dass ein solcher Fund einfach wieder zugeschüttet werden soll. Es wäre wünschenswert, wenn die Ausgrabung für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden kann. Dies kann durch eine Überdachung oder vielleicht auch durch ein Panzerglas gemacht werden. Wir haben eine schöne Altstadt und ein solches historische Denkmal würde sehr gut in unser Stadtbild passen. Es



wäre schade, wenn diese Ausgrabung den wenigen Parkplätzen und dem Durchgangsverkehr zum Opfer fallen würde. Allenfalls könnte der Platz mit Panzerglas sogar weiter befahren werden.

Da nur wenig Zeit für die Behandlung, bleibt stellt der Motionär zudem den Antrag auf sofortige Beratung.

Der Antrag auf Dringlicherklärung der Motion wird mit 20:17 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt. Somit wird die Motion auf dem üblichen Weg an den Stadtrat weitergeleitet.

GK 77

Motion der SVP-Fraktion vom 22. Oktober 2018 betr. Umsetzung von Organisations- und Führungsgrundsätzen beim Seniorenzentrum Zofingen; Antrag auf Dringlichkeit

André Kirchhofer, Ratspräsident

Auch der Wortlaut dieser Motion wird vorgelesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert, folgende betriebswirtschaftlich notwendigen Arbeiten umzusetzen und die Resultate der FGPK und den Fraktionspräsidenten vorzulegen. Diese Motion ist als dringlich einzustufen.

- Eine Organisations- und Führungsstruktur erstellen
- Die fachliche und numerische Zusammensetzung der Betriebskommission mit der Vorgabe einer fachlichen und numerischen Zusammensetzung entscheiden
- Anforderungs- und Aufgabenprofil für den oder die CEO zu erarbeiten
- Zeitplan für die Besetzung der Betriebskommission und des neuen CEO's festzulegen
- Zielsetzungen für den CEO mit Termin und Verantwortlichkeiten zu bestimmen
- Einen wiederkehrenden Zielsetzungsprozess zu initialisieren
- Reporting-Struktur mit Vorgabe der Berichtsfrequenzen vorzugeben
- Aktionsplan mit absteigender Prioritätenfolge mit Termin und Verantwortlichkeiten darzulegen

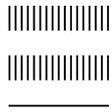
Begründung: Das Seniorenzentrum hat gemäss Budget 19 in der Einwohnergemeinde Zofingen den grössten Personalaufwand und stellt zusammen mit der getätigten Finanzierung von CHF 30 Mio. für den Brunnenhof und CHF 10 Mio. für den Rosenberg ein beträchtliches finanzielles Risiko dar.

Das Seniorenzentrum schafft es nicht, ohne Verluste zu arbeiten. Die Rechnung 2017 war nur dank Sondereffekten nicht im roten Bereich. Auch hat man bei der Lehrlingsausbildung grosse Mühe diese zu organisieren, was bisher zu wiederkehrenden "Penalty" Zahlungen geführt hatte und leider auch weiterführen wird.

Es ist deshalb sicherzustellen, dass das finanzielle Risiko des Seniorenzentrums so klein als möglich gehalten wird und im Ergebnis nachhaltig positive Erträge erwirtschaftet werden. Hierzu sind wie oben aufgeführt, grundlegende betriebswirtschaftliche Massnahmen notwendig. Diese sind explizit nicht durch Erhöhung der Hotellerie- und Betreuungstaxen zu erwirtschaften. Vielmehr müssen neben anderen Massnahmen die Arbeitsprozesse kontrolliert und hinterfragt und der Stellenplan im nichtpflegerischen Bereich überprüft und angepasst werden.

Angesichts der Führungsvakanz in der Leitung des Seniorenzentrums und der Ermangelung eines Leitungsgremiums in Form einer Betriebskommission ist die Motion als dringlich einzustufen und vom Einwohnerrat heute zu überweisen.

Dem Antrag auf Dringlicherklärung der Motion wird mit 25:14 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt. Somit erfolgt anschliessend die Diskussion, ob die Motion erheblich erklärt wird.



Michael Wacker, SVP

Er kommt zurück auf das Votum des SVP-Fraktionschefs zur Budgetdebatte. Darin hatte dieser korrekterweise das Seniorenzentrum mit rund CHF 9,7 Mio. als grössten Lohnposten angeführt. Die restliche Reihenfolge stimmt allerdings nicht. Korrekterweise müsste diese lauten: Seniorenzentrum, Repol, Werkhof, Fürsorge, HPS, Hochbau, Musikschule. Davon handelt es sich beim Seniorenzentrum, der Repol und der HPS um Spezialfinanzierungen. Obwohl das Anliegen der SVP durchaus prüfenswert ist, ist die Begründung nicht schlüssig. Es kann nicht sein, dass Spezialfinanzierungen und laufende Rechnung vermischt werden.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Das Anliegen ist auch aus Sicht der Dynamischen Mitte prüfenswert, es stellt sich aber die Frage, ob eine Motion die richtige Wahl darstellt. Wäre es deshalb eine Option, die Motion als Postulat überweisen zu lassen?

André Kirchhofer, Ratspräsident

Formell gesehen müsste eine Umwandlung erfolgen. Eine Motion ist gemäss Gemeindeordnung, § 26, nur zulässig zu Gegenständen, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrates fallen. Hier handelt es sich um operative Anliegen, welche in die Zuständigkeit des Stadtrates fallen. Damit wäre ein Postulat die richtige Form. Es wird deshalb dringend eine Umwandlung empfohlen.

Moritz Weber, SVP-Fraktionschef

Es besteht dringend Handlungsbedarf. Die Zeit läuft davon. Es wird ein konstruktiver Vorschlag verlangt, damit die Thematik sofort behandelt wird.

Rahela Syed, Stadträtin

Der Stadtrat ist gerne bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Moritz Weber, SVP-Fraktionschef

Die SVP ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Der Umwandlung in ein Postulat und dessen Überweisung wird mit 29:10 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

Art. 31

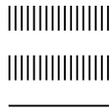
Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Jakob Lang, FDP-Fraktionschef

Er wurde informiert, dass der Interdiscount den Standort in der Altstadt verlassen werde, weil das Gebäude verkauft wurde. Unternimmt der Stadtrat etwas, um eine Alternative für dieses Geschäft zu finden?



Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Der Wirtschaftsförderer konnte bis anhin bereits mehrere Umplatzierungen vornehmen. Er ist auch in diesem Fall tätig geworden. Allerdings ist es auch jeweils eine Frage des Mietzinses, auf diesen kann man keinen Einfluss nehmen. Da es sich beim Interdiscount um einen wichtigen Frequenzbringer handelt, ist ein Handeln angezeigt.

Adrian Borer, DYM/glp

Ist der Bericht zur Sicherheit auf Fussgängerstreifen öffentlich zugänglich?

Christiane Guyer, Stadträtin

Es existiert ein Bericht aus dem Jahr 2012, dieser ist auf der Website des Kantons Aargau öffentlich publiziert.

René Schinder, SVP

In Zofingen sind immer noch diverse Waldwege gesperrt. Warum können die betroffenen Wege nicht ganz geöffnet werden?

Peter Siegrist, Stadtrat

Diese Frage betrifft den Staatswald, welcher in der Hoheit des Kantons liegt. Waldwege sind keine Arbeits- oder Schulwege, sondern zum Nutzen der Waldwirtschaft. Der Kanton macht diesbezüglich eine betriebswirtschaftliche Rechnung.

Pascal Stenz, FDP

Gibt es eine Möglichkeit, bezüglich der aktuellen Ausgrabungen eine augmented reality Stadtführung zu realisieren?

Peter Siegrist, Stadtrat

Die heutigen Stadtführungen haben ihren Charme. Eine Erweiterung kann natürlich geprüft werden. Allerdings stellt sich die Frage nach den Kosten.

Michael Wacker, SP

Warum wird das Motorradfahrverbot in der Altstadt zu Nachtzeiten nicht aufgehoben? Es wird weder eingehalten noch kontrolliert.

Christiane Guyer, Stadträtin

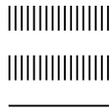
Der Kontrollauftrag ist entgegengenommen und wird umgesetzt. Ein allfälliges Aufheben des Fahrverbots fällt in die Zuständigkeit von Andreas Rüegger.

Viviane Hösli, SP

Plant der Stadtrat Aktivitäten hinsichtlich Revision von Gemeindeordnung und Geschäftsreglement des Einwohnerrates? Oder wäre ein parlamentarischer Vorstoss angebracht?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die Revisionen stehen auf der Pendenzenliste. Die Stossrichtung wird noch in diesem Jahr definiert. Die Thematik wird dann in den stadträtlichen Workshops vertieft behandelt. Es besteht grosser Handlungsbedarf.



Matthias Hostettler, Grüne/Alternative

Ihn interessiert, ob geplant ist, eine Informatikkommission ins Leben zu rufen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Es wurden bereits einige kompetente Personen angefragt, ob sie bereit wären, in einer solchen Kommission mitzuarbeiten. Auf nächstes Jahr sollte eine entsprechende Kommission aktiv werden.

Franziska Kremer, SP

Was passiert denn nun jetzt mit der Ausgrabung? Wird diese wieder zugeschüttet oder bleibt sie offen, bis ein Entscheid über das weitere Vorgehen gefällt ist?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Die Ausgrabungen beschäftigen auch den Stadtrat in verschiedenen Ressorts. Es gab aus zeitlichen Gründen noch keine Gelegenheit, dieses Thema zu besprechen. Die Thematik wird jedoch am kommenden Mittwoch in der Stadtratssitzung detailliert behandelt. Der Ausgang der Beratungen ist jedoch noch ungewiss.

André Kirchhofer, Ratspräsident

Der Präsident bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerrats-sitzung vom 26. November 2018 hin und schliesst die Sitzung um 22.02 Uhr.

Für getreues Protokoll:

Dr. André Kirchhofer
Ratspräsident

Dr. Fabian Humbel
Protokollführer